

10./III. 1916.

Die Kartoffelnot.

Zeitung.

1916
10. März

Die Kartoffelnot.

Aus der Berliner Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung rief eine an sich ganz unbedeutende Vorlage — nachträgliche Bewilligung von 6000 M., die zur Ermittlung von Kartoffelverräten am 29. Februar verwendet worden sind — eine sehr lebhaft erörterte Erörterung hervor.

Stadtv. **Burm** (Soz.) möchte wissen, wieviel Kartoffeln man in Berlin vorgefunden hat. Die Agrarier haben ja bekanntlich behauptet, daß in Berlin ungeheurer Ueberfluß an Kartoffeln ausgehamstert worden und daß es deshalb gar nicht notwendig sei, daß es besonders bei der Zufuhr berücksichtigt werde. Ähnlich wie in Berlin liegt es in vielen Städten. Anders aber sieht es auf dem Lande aus. Darüber aber wird uns diese Statistik keine Klarheit bringen. Denn nach der Bundesratsverordnung werden keine Erhebungen darüber veranstaltet, was bei den Erzeugern, bei den Landwirten vorhanden ist. (Hört, hört!) Bei der Ernte von 50 Millionen Tonnen Kartoffeln in Deutschland, von der wir in gewöhnlicher Zeit 15 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung brauchen, müssen die Mengen, die wir von jetzt bis zur Ernte in den Städten noch benötigen, unbedingt vorhanden sein. Trotz dem herrscht überall in den Städten Kartoffelnot. Es ist genau dasselbe Schauspiel wie vor einem Jahre: im Februar, März, Anfang April Kartoffelnot, wahnsinnig gestiegene Preise und dann auf einmal wie aus dem Boden gezaubert ein solcher Ueberfluß von Kartoffeln, daß große Mengen verfaulen mußten. (Sehr wahr!) Auch die Ursachen dieser Mißstände sind genau dieselben wie im Vorjahre.

Die verfehlten Maßnahmen der Reichsregierung

Man hat wieder Höchstpreise festgesetzt ohne gleichzeitige Beschlagnahme, während man doch in den 20 Kriegsmonaten wirklich hätte lernen können, daß in einem solchen Vorgehen nur ein Anreiz liegt, die Kartoffeln zurückzuhalten. (Sehr wahr!) Denn die Höchstpreise werden sofort zu Normalpreisen, und die Landwirte wissen genau, daß sie die Eigentümlichkeit haben, immer höher zu werden. Alle Verordnungen helfen nichts, weil sie nur auf dem Papier stehen. Das hat ja erst vor kurzem mit erfrischender Deutlichkeit Herr v. **Oldenburger-Januschau** zugegeben. Er sagte auf einer landwirtschaftlichen Tagung in Westpreußen: „Man hat bereits mit einer Beschlagnahme der Kartoffeln gedroht. Doch das Papier ist geduldig. (Hört! Hört!) Na, die Ausführung der Bestimmungen liegt ja in den Händen der Provinzialverwaltung, zu der wir Vertrauen haben.“ (Hört! Hört!) Ich meine, wenn die Januschauer Vertrauen haben, dann haben wir Städte berechtigtes Mißtrauen. (Sehr richtig!) Dem Ernährungsbeirat im Reich müßte das Recht der Beschlagnahme von Lebensmitteln eingeräumt werden. Die letzte Bundesratsverordnung vom 2. März hat wieder eine gewaltige Preissteigerung gebracht. Die Folge wird sein, daß die Kleinhandelspreise pro Zentner von 2,75 auf 4,50 bis auf 5,25 Mark steigen werden. (Hört! Hört!) Das Schlimmste für die Städte ist, daß sie nicht nur die moralische, sondern auch die finanzielle Verantwortlichkeit aufgehaßt bekommen haben für alles, was jetzt kommt. Die Städte sind verpflichtet, den bei der Reichskartoffelstelle angemeldeten Bedarf zu einem bestimmten Preise abzunehmen, auch wenn der Preis inzwischen sinkt, aber die Reichskartoffelstelle ist nicht verpflichtet, zu liefern. (Hört! Hört!) Bei dieser letzten Verordnung hat man die Vertreter der Städte nicht gefragt, ja nicht einmal die Vertreter der Landesregierungen, denn die sächsische Regierung hat ausdrücklich im sächsischen Landtag erklärt, sie wisse von nichts und halte die neuen Höchstpreise für viel zu hoch. (Hört! Hört!) Preußen wird man natürlich gefragt haben. Denn wie sagte Herr v. **Oldenburger-Januschau**: „Der preussische Landwirtschaftsminister steht ganz auf unserer Seite.“ Die einflussreichen Kreise haben eben den Reichszähler derart informiert, daß er überzeugt ist, das Land geht zugrunde, wenn die Landwirte nicht so hohe Preise für ihre Kartoffeln bekommen. Es ist klar, daß diese Mißstände steigende Mißstimmung in der Bevölkerung erzeugen, vor allem da man weiß, die nötige Ware ist da, sie wird nur nicht herausgerückt, weil Profitinteressen einzelner dabei